

# Bibliothekare ersehnen das „Jahr 1“

Nach der Verabschiedung des Bibliotheksgesetzes sehen die öffentlichen Bibliotheken sich derzeit „im Jahre Null“

Es war alles andere als Zufall, dass der Luxemburger Verband der Öffentlichen Bibliotheken UBLP seiner Positionierungs-Pressekonferenz die eigene Vollversammlung vorangestellt hatte, galt es doch neben dem üblichen Tätigkeitsbericht nebst Kassenrevision auch mehrere Personalien zu besprechen, die künftig wichtige Mitrollen zu erfüllen haben - für die Medienvertreter gerade so gut wie fürs Kulturministerium. Ressortleiterin Octavie Modert stieß deshalb im letzten Drittel der Versammlung zur ULBP und schuf somit einen fließenden Übergang vom nicht-öffentlichen zum öffentlichen Teil der Veranstaltung.

Da der heimelig von deckenhohen Regalen voller Luxemburgensia umgebene Arbeitsraum im zweiten Untergeschoss der neuen Cité Bibliothèque nicht durch eine Tür verschlossen wird, bekam die wartende Journalistin zwangsläufig mit, warum der Versammlung erster Teil länger dauerte als ursprünglich geplant. Augenscheinlich war noch die eine oder andere Nachfrage zum neuen Bibliotheksgesetz offen. Für dessen Implantation interessierten sich später auch die Medienvertreter.

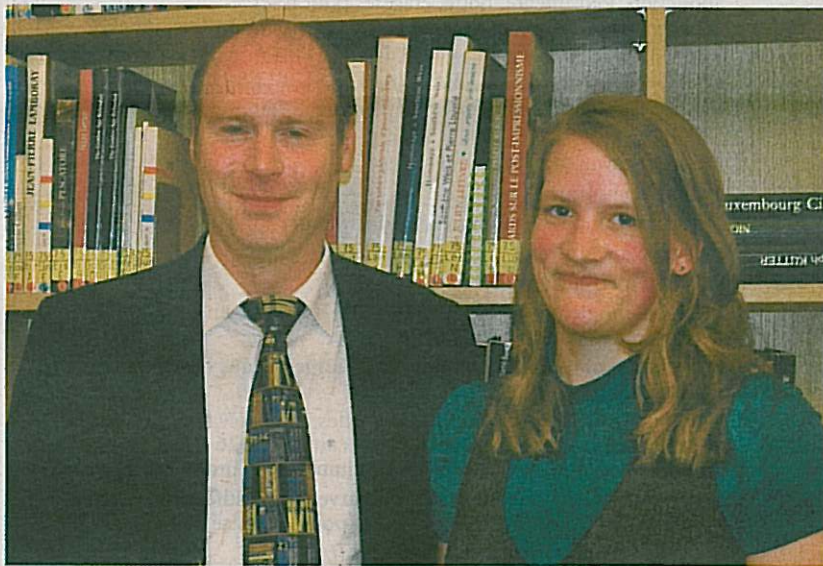
## Zwei neue Ämter, aber drei neue „Nasen“

Zunächst jedoch fasste ULBP-Präsident Claude Adam (Mierscher Lieshaus asbl, Déi Gréng) die zur Publikation bestimmten Aspekte der Verbandstagung zusammen. Im „Jahre 0“ nach Verabschiedung des Bibliotheksgesetzes sei die Sitzung außerordentlich gut besucht gewesen. Neben den drei Vize-Präsidenten Claudia Dall'Agnol (Öffentliche Regionalbibliothek Dödelingen, LSAP), Jean-Paul Schaaf (Ettelbrécker Bibliothèque asbl, CSV) und André Bauler (De Clärwewer Kanton asbl, DP) war die operative Spitze des Vereins, dessen Mitglieder sich aus 15 Bibliotheken und dem Zusammenschluss der Diplombibliothekare und Archivalisten ALBAD rekrutieren, mit General- und beigeordnetem Sekretär und den beiden Schatzmeisterinnen präsent. Aus dem Generalsekretariat gab es denn auch gleich eine personelle Veränderung zu vermelden: nach drei Jahren im Amt (plus einer kommissarischen Selbstvertretung von über fünf Monaten) übergab Jean-Marie Reding mit sofortiger Wirkung an seine Nachfolgerin Tanja Dühr.

Die 26-jährige Buchhändlerin, die bei einem Praktikum an der Nationalbibliothek ihre Vorliebe für öffentliche Bibliotheken entdeckte, bekräftigte dem „Lëtzebuerger Journal“ gegenüber, „baldmöglichst“ eine Stelle in einer öffentlichen Bibliothek antreten zu wollen. In die ULBP kam sie ebenso wie Henri Lutgen von der Stadtbibliothek Esch, der zugleich Secré-

taire adjoint der ULBP ist, als Vertreterin der ALBAD.

Weil der Verband damit die ihm laut ULBP-Statut zugestandenen zwei Mitglieder bereits entsandt hat, scheidet Ex-Generalsekretär Reding aus der ULBP aus. Als Präsident der ALBAD und Mitbegründer der FÉB (Stiftung für Öffentliche Bibliotheken) wird der smarte Diplombibliothekare der Verbandsarbeit im Dienste öffentlicher Bibliotheken jedoch aktiv verbunden bleiben, wie auch Claude Adam betonte. Man gehe „im Guten“ auseinander, fügte Adam noch an, überließ die Präzisierung der Gründe von Redings Ausscheiden jedoch journalistischer Nachfrage. Wie das „Journal“ von Reding erfuhr, arbeitet dieser seit Ende letzten Jahres in einem „berufsbegleitenden Masterstudium“ an der Uni-



Im Generalsekretariat gab es einen Wechsel: Tanja Dühr folgt auf Jean-Marie Reding

versität Köln auf einen weiteren akademischen Grad im Fach Bibliothekswissenschaft hin und musste deshalb sein Verbandsengagement zumindest teilweise begrenzen.

Tanja Dühr will sich nun sukzessive in die zentralen Fragestellungen des Verbandes einarbeiten, der laut Präsident Adam nach dem Wegfall von Redings „markanter Nase“ definitiv „ein anderes Gesicht“ bekommt. Die zweite Personalie, die es zu verkünden galt, war die Benennung von Marc Schäfer als ULBP-Vertreter im noch zu gründenden „Conseil supérieur des bibliothèques“. Der Viandener LSAP-Bürgermeister und Staatsrat wird als Repräsentant der Ourdall-Bibliothek die neue Aufgabe wahrnehmen, sobald die im Bibliotheksgesetz vorgesehene Gründung des Conseil supérieur erfolgt ist. Wann dies sein wird, steht derzeit noch in den Sternen, da das Gesetz ja erst durch Publikation im Mémorial Rechtskraft erlangen muss. Die Kulturministerin betonte jedoch, die einschlägigen großherzoglichen Verordnungen seien bereits unterschrieben. Mit Schäfer teilt ULBP-Präsident Adam sich die Verantwortung in den neuen Gremien und vertritt die ULBP künftig im „Conseil national du livre“.



ULBP-Präsident Adam repräsentiert seinen Verband künftig auch im „Conseil national du livre“

Photos: may

futti gemeet“. In den 20er und 30er Jahren weit mehr öffentliche Bibliotheken für eine damals weit weniger zahlreiche Bevölkerung vorgehalten zu haben, sei traurig genug.

Man hoffe jedoch, dass mit dem neuen Bibliotheksgesetz die Zukunft der Luxemburger öffentlichen Bibliotheken rosiger ausfalle als die rezente Vergangenheit. Zumal dank neuer Budgets hoffe man auf „frischen Wind“.

Was die erhöhte Sichtbarkeit öffentlicher Bibliotheken angehe, hoffe man, beim Katalogisieren die richtige Balance zwischen Professionalisierung und Praxistauglichkeit zu finden. Das vom Kulturministerium favorisierte Katalogisierungssystem ALEPH sei für die zahlreichen freiberuflichen Mitarbeiterinnen kleinerer Gemeinde- und Vereinsbibliotheken nicht nur zu komplex, sondern die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Weiterbildung mit jährlichen Updates hätte eine mehrtägige Schließung zur Folge. In ihrer Replik bemühte sich die Kulturministerin, die Sorgen der „Ein-Mann- und Eine-Frau-Bibliotheken“ zu zerstreuen, ohne von der aus Gründen der nationalen wie internationalen Vernetzung gebotenen Einführung der ALEPH-Standards abzurücken: es sei denkbar, die Grundlagen zur Interoperabilität durch spezialisierte Profis, z.B. von der Nationalbibliothek, herstellen und im laufenden Betrieb nur noch die für Bestandsverwaltung und Leihmanagement nötigen Funktionen vor Ort durchführen zu lassen. Bei Weiterbildung und ggf. Personalsatz wolle das Ministerium Unterstützung bieten.

Zunächst drückt diese Hilfe sich in der Erstellung eines „Vademecums“ aus, das im Ministerium kurz vor der Fertigstellung steht und der ULBP nochmals zur Durchsicht gereicht wird, ehe es an die Verantwortlichen der öffentlichen Bibliotheken verteilt wird. Auf die Nachfrage des „Journal“, ob dieser Leitaden denn als Interpretation des Gesetzestextes notwendig sei, erwiderte die Ministerin, es handle sich vielmehr um „eine Art Vulgarisie-

rung des Gesetzestextes“, mit der gerade den im Beamtenjargon wenig geübten ehrenamtlichen BibliotheksmitarbeiterInnen geholfen werden soll. In einer Art FAQ (Frequently asked Questions) sollen vorbeugend Fragen zur Anmeldung und Beantragung staatlicher Hilfen beantwortet werden. Auf „Journal“-Nachfrage bestätigte Octavie Modert, dass erste Subsidien fristgerecht ab 2011 für 2012 beantragt werden können. Bis dahin gelte die bisherige (Nicht-)Regelung.

## Herausforderungen der Zukunft

So flexibel sie das neue Gesetz halten wollen, um möglichst viele Bibliotheken damit erfassen zu können, bestand die Ministerin im Nachgespräch mit dem „Journal“ jedoch auf einigen Mindestanforderungen. Neben einem Anfangsbestand von 3.500 Büchern - eine Anforderung, die bis auf eine Ausnahme sämtliche bisher existenten öffentlichen Bibliotheken erfüllten - und dem Vorhalten von zumindest zwei Zeitungen sei dies vor allem der Einsatz elektronischer Medien, die das Leseverhalten der Zukunft nachhaltig prägen werden. Zwei PCs für die ersten 3.000 Köpfe der Bibliotheksgemeinde und je einer pro weiteren 3.000 Gemeindemitgliedern, ab 10.000 Einwohnern jedoch eine freie Bestückung mit möglichen weiteren PC-Arbeitsplätzen sei deshalb in ihren Augen unabdingbar - im Sinne einer Beförderung der Wissensgesellschaft. Die Anschaffungskosten seien auf ein Niveau gesunken, das kaum jemanden überfordere und Betriebskosten, etwa für Internet oder WIFI-Netze, könnten künftig durch staatliche Beihilfen abgedeckt werden. Auch der Weg des Bibliotheks-„Regroupements“, bei dem z.B. kleine Gemeinden eine Schwerpunkt- und mehrere Filialbibliotheken bildeten, könne helfen, die genannten Minimalanforderungen zu erfüllen. Finanzielle Hürden sollen ab dem „Jahr 1“ des neuen Bibliotheksgesetzes jedenfalls so wenig wie bürokratische Hindernisse Gemeinden oder Vereine von der Bibliotheksgründung abhalten. Einstweilen jedoch seien die Bücherbusse unabdingbar, wie die große Nachfrage in kleineren Ortschaften zeige - auch wenn dabei weniger wissenschaftliche denn unterhaltende Literatur gefragt sei: „Krimis, Romane und Kinderliteratur - aber dagegen habe ich gar nichts“, sagt die Ministerin. „Hauptsache, die Leute lesen überhaupt.“ Voraussichtlich werde man in den kommenden Jahren die Bestände der Bücherbusse einer Revision unterziehen und wohl auch deren Routen anpassen, sobald erste Neugründungen von Bibliotheken erfolgt seien. An eine Abschaffung dieser beliebten Lese-Grundversorgung sei aber bis auf weiteres nicht gedacht. > may

## Ende des Schwebezustands dringend erwünscht

Zumal im Hinblick auf die im Gesetzestext vorgesehenen Möglichkeiten, staatliche Hilfen zu beantragen, hofft der ULBP-Präsident auf ein rasches Ende des Schwebezustands. Dass „der Reflex, Bücher auszuleihen“ im Großherzogtum weniger ausgeprägt sei als anderwärts, sei bekannt. Ein Mordopfer anhand seiner Bibliothekskarte zu identifizieren, wie dies in skandinavischen Krimis gang und gäbe sei, wäre hierzulande ein echtes Novum, scherzte Adam. Ohne allzu politisch und damit kulturpolitisch kritisch werden zu wollen, konnte er sich dennoch die Bemerkung nicht verkneifen, in der Vergangenheit habe man auf dem Bibliothekssektor „vill